

GRÜNES BÜNDNIS
 Neustadtstrasse 34
 Postfach 31
 6000 Luzern 4

RundBrief
 1/2006

Zeitschrift
 für Mitglieder
 und Interessierte



Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien

Die Initiative ist lanciert!

Schwerpunkt	3	Kanton	8
Am 12. Februar wird in der Stadt Luzern über den Kulturwerkplatz Süd abgestimmt.		Wie wirken sich die Sparmassnahmen auf die Angestellten aus? Ein Interview.	
Bund	6	Initiative	12
Notwendiges Doppel-Referendum gegen das Asylgesetz und das Ausländergesetz.		Erdwärme – eine erneuerbare Energiequelle. Ein Beispiel aus Basel.	



Editorial

Energisch und energiegeladen

Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Mitte Dezember 05 stellte der Kanton Luzern seine Ideen für die künftige Energiepolitik dar. Endlich, könnte man denken, endlich wird auch unser Kanton in Sachen Energie- und Klimapolitik wieder aktiv.

Der Kanton hat sich Ziele gesetzt, die gar nicht so schlecht klingen: Im vorgestellten Planungsbericht wird von der 2000-Watt-Gesellschaft gesprochen, und bis zum Jahr 2015 sollen gewisse Reduktionsziele erreicht werden.

Wer sich nun aber energisches Handeln erhofft, wird enttäuscht: Der Kanton schlägt kaum eine griffige Massnahme vor, um diese Ziele auch zu erreichen. Im Gebäudebereich will er Vorschriften durchsetzen, die in anderen Kantonen schon seit vielen Jahren in Kraft sind. Und mit einem Ein-Millionen-Förderprogramm sollen Sanierungen unterstützt werden: Die Höhe des Betrags ist gerade so angesetzt, dass die kantonalen Vertreter nicht rot werden müssen, wenn sie sie nennen. Bringen tut das herzlich wenig, sicher nicht genügend, damit

im Gebäudebereich wirklich spürbare Wirkungen erzielt werden können.

Und: Zum Verkehr, zur Frage der Alternativenergien sowie zur Raumplanung schweigt sich der Planungsbericht praktisch völlig aus. Angesichts der klimapolitischen Herausforderung bietet dieses Papier nur eine mangelhafte Antwort.

Die grüne Initiative «Weg vom Öl – hin zu den erneuerbaren Energien» kann den nötigen Druck erzeugen, damit der Kanton griffigere Massnahmen ergreift. Viele GB-Mitglieder sind im kalten Dezember energiegeladen auf der Strasse gestanden und haben Unterschriften gesammelt, ihnen möchten wir an dieser Stelle danken! Danken möchten wir aber auch allen, die den beiliegenden Bogen mit einer, zwei, drei oder noch mehr Unterschriften zurückschicken. Je schneller die Unterschriften zusammen sind, desto grösser ist die Wirkung der Initiative.





saisonales, **biologisches Gemüse** finden Sie
 immer **Dienstags** und **Samstags**
 am Wochenmarkt in Luzern
 am-Stand.
 Erraten Sie es wohl!?

Mark Willmann, Tringen



Die Idee
 von Ihnen
 Das Holz
 aus der Region
 Die Qualität
 vom Schreiner

Stefan Suhner
 Möbelschreinerei
 Rösslimattweg 8
 6005 Luzern
 Telefon 041 360 82 83



PATRICK STEINER
 PARKETTARBEITEN
 MALERARBEITEN
 NATURFARBEN

LUZERNERSTR. 33C
 6010 KRIENS
 TEL. 079 650 79 42

Abstimmung vom 12. Februar 2006

Ja zum Kulturwerkplatz Luzern-Süd

Severin Bischof, Junge Grüne, Luzern

Musikschule, Luzerner Theater, Brassband Bürgermusik, Sinfonieorchester und ein «alternatives» Kulturzentrum – sie alle sollen im neuen Kulturwerkplatz Luzern-Süd auf dem ehemaligen Schlachthof-Areal ihren Platz finden. Am 12. Februar stimmen wir über eine «elegante Lösung» für die bestehenden Raumprobleme ab.

Dem Luzerner Theater und der Musikschule Luzern werden auf den Herbst 2008 die mietweise genutzten Räumlichkeiten der Brauerei Eichhof gekündigt. Unserer geliebten Boa wird mit grösster Wahrscheinlichkeit im nächsten Sommer der Subventionsvertrag mit der Stadt nicht mehr erneuert werden. Hier setzt das Projekt des Kulturwerkplatzes an, indem es den erwähnten kulturellen Institutionen Raum und Mittel verschafft. Dabei bringt die Nutzungskombination vor allem Vorteile, denn neben dem gemeinsamen Zentrum, welches intern eine gute Zusammenarbeit und extern eine attraktive Ausstrahlung ermöglicht, bleibt das Projekt auch finanziell tragbar.

Bedenken gegenüber dem Standort

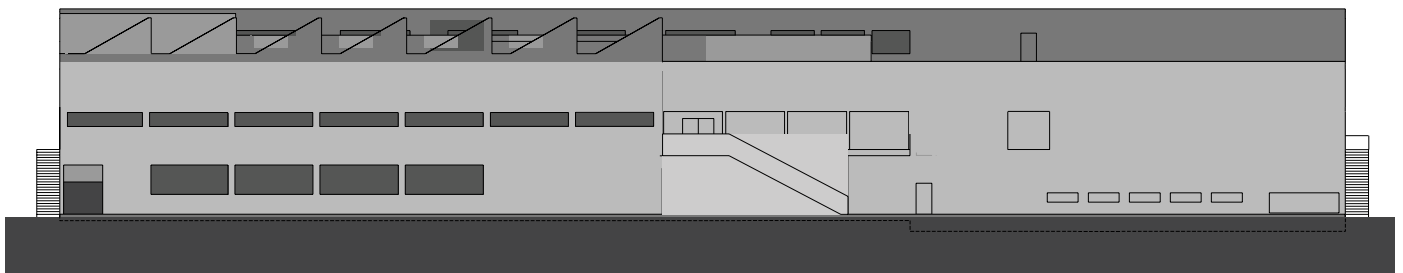
Allerdings: Der Schlachthof (auf Krienser Gemeindeboden) liegt dezentral und trägt vom Standort her wenig zu einem kulturellen Ambiente bei. Auch die vorgesehene öV-Anbindung ist nicht ideal, vor allem im Hinblick auf die SchülerInnen der Musikschule, aber auch für BesucherInnen der künftigen «Boa». Durch die Umzonung neben der Boa erntete die Stadt in der alternativen Szene verständlicherweise nicht nur Applaus, und die Zustimmung zum Kulturwerkplatz hält sich in Grenzen. Genauso stellt sich die Frage, ob etwas von der Mehrheit Akzeptiertes per se überhaupt noch alternativ sein kann.

Was für den Kulturwerkplatz spricht

Es ist jedoch durchaus möglich und wünschbar, dass der Kulturwerkplatz Luzern-Süd eine positive Kraft auf die lokale Kultur ausüben wird. So könnte der Kulturwerkplatz in dem oft auch als «Little America» bezeichneten Quartier zu einer Trendwende führen, von deren Einfluss die ganze Umgebung profitieren würde. Zu betonen ist auch, dass der Langsamverkehr mit mehreren Fuss- und Radwegen gut bedient ist.

Was den Ersatz für die heutige Boa betrifft, so stimmen wir am 12. Februar nicht nur ab über die Umzonung des Boa-Standortes in eine Wohnzone und über die Errichtung eines neuen «alternativen» Kulturzentrums, sondern auch über einen neuen Subventionsbeitrag von bis zu 600'000 Franken. So stimmt mich die Schliessung der Boa einerseits traurig, andererseits ist sie eine Chance, denn es werden auch die Mittel bereitgestellt, die notwendig sind, einen solchen Betrieb unter annehmbaren Konditionen zu führen.

Gerade in Bezug auf den Boa-Ersatz ist noch vieles unklar. Am 12. Februar geht es aber um den Kulturwerkplatz als Ganzes und damit um mehr als nur ein neues «alternatives» Kulturzentrum. Viele werden sich über den neuen Kulturraum freuen. Sagen wir also Ja zu einer «eleganten» kostengünstigen Lösung für bestehende Raumprobleme, zur Weiterführung des Kulturkompromisses und zu einem neuen kulturellen Zentrum bei der Allmend.



Ansicht von der Allmend her

Rückblick auf siebzehn Jahre Boa

Boa-Geschichten

Philipp Federer, GB-Grossstadtrat, Luzern

Der Weg zur Boa und bis zu ihrem Niedergang verlief nicht geradlinig. Was mit Elan erkämpft worden war, erfuhr mit der Zeit Abnützungserscheinungen und Widerstände. Fehler aus den eigenen Reihen verunmöglichten eine Rettung der Boa. Ob aber das Ganze ein Untergang ist oder der Kulturwerkplatz einen spannenden Neuanfang ermöglicht, wird erst die Zukunft zeigen.

Erkämpft

Die Boa wurde hart erkämpft. Vor und im Wagenbachbrunnen wurde 1988 mit originellen Demonstrationen auf den Anspruch der freien Kulturszene aufmerksam gemacht. Es war aber auch im Interesse der Stadt (Stichwort KKL), den freien und «schrägen» Kulturfreaks Raum für ihre Kultur zuzugestehen. Die Boa wurde dadurch Teil der Kulturoffensive und der Kulturstadt Luzern.

Fehler der Stadt

Nachdem sich die PionierInnen zurückgezogen hatten, erlahmte leider der Elan. Zudem verabschiedete sich mit den Jahren die freie Theaterszene Richtung «La Fourmi», und die Lärmklagen der Anwohnerschaft begannen sich zu häufen. Dies war verständlich, weil die Stadt bis an die Boa heran bauen liess. Die Umzonung des Wobman-Areals von der Gewerbe- in die Wohnzone war ein grosser Fehler. Direkt neben dem Hinter- und Haupteingang der Boa entstanden so Wohnhäuser mit Eigentumswohnungen.

Der unglückliche Umzonnungsentscheid kann der Boa-Betreiberschaft nicht angelastet werden, dafür müssen der Grosse und der Kleine Stadtrat zur Rechenschaft gezogen werden. Diese wollten zwar die Boa lärmtechnisch und baulich sanieren. Die CHance21

reichte jedoch das Referendum gegen den Kredit ein, und im Mai 2003 wurde die Vor-

lage vom Stimmvolk knapp verworfen. Es fehlten nur einige hundert Stimmen, und die Boa wäre saniert worden. In diesem Fall wäre sie vermutlich nicht in den Kulturwerkplatz Luzern-Süd integriert worden.

Eigene Fehler

Beim knappen Volksentscheid spielten Boa-Leute eine entscheidende Rolle. Vor der Abstimmung wurde ein Kulturzug mit Musik und Traktor durch die Stadt organisiert. Dieser sympathische Kulturzug hatte leider einen kleinen Fehler. Der Traktoranhänger war mit einem grossen Transparent (2 auf 3 Meter) ausgestattet. Die Botschaft auf dem Transparent lautete: «Die Boa bleibt, sonst knallts!» Eine übergrosse Bombe verdeutlichte diesen Spruch und war so abschreckend, dass viele unschlüssige Stimmberechtigte Nein stimmten. Wer lässt sich schon gerne bedrohen? Ist eine Bombe ein Argument für eine Kulturinstitution? Mit diesem Auftritt wurden leider viele Unschlüssige ins Nein-Lager getrieben, und die übelsten SVP-Voten wurden bestätigt.



Nach der verlorenen Abstimmung und der ungenügenden Lärmsanierung hat es die Boa schwer, sich am bestehenden Standort zu behaupten. Die Auflagen sind rigid und die wenigen Erfolg versprechenden Musikanlässe können nur reduziert durchgeführt werden. Die Boa ist damit gezwungen, sich entweder beim Kulturwerkplatz einzubringen oder ohne Subventionen an einem anderen Standort neu anzufangen, was schwierig bis unmöglich ist.

Städtische Mitgliederversammlung

Kulturwerkplatz und Uni-Beitrag

Edith Lanfranconi-Laube, zukünftige Grossstadträtin, Luzern

Am 12. Februar 2006 findet die städtische Abstimmung über den Kulturwerkplatz Luzern-Süd statt. Das GB und die Jungen Grünen sagen dazu Ja – einstimmig, aber nicht ohne kritische Fragen zu stellen. An der Mitgliederversammlung vom 13. Dezember 2005 im Uni-Gebäude wurden diese Fragen offen und lebhaft debattiert. Cécile von Reding, Mitglied des städtischen Vorstands, begrüßte die knapp zwanzig Anwesenden und führte kurz ins Thema ein. Severin Bischof von den Jungen Grünen und Rosie Bitterli, Kulturchefin der Stadt Luzern, stellten sich kompetent den kritischen Fragen von Hans-Peter Hug, der das Gespräch moderierte.

öV-Anbindung gibt zu reden

Severin Bischof äusserte unter anderem Bedenken zur abgeschiedenen Lage des neuen Kulturwerkplatzes und zur mangelhaften Erreichbarkeit mit dem öV. Auch die festgefahrene Situation der Boa ist für die Jungen Grünen nicht befriedigend (siehe Beitrag von Severin Bischof in diesem RundBrief Seite 3). Rosie Bitterli wies auf die geplante Verbesserung der öV-Erschliessung hin. Eine Garantie dafür, dass die Betriebskosten nicht aus dem Ruder laufen, gebe es nicht, da sich die Bedürfnisse und Angebote laufend verändern. Die Situation sei aber nicht vergleichbar mit dem Bourbaki-Panorama. Zwischen der Boaschliessung und dem Bezug des Kulturwerk-

platzes werde es eine Übergangszeit geben: Diese Zeit könne dazu dienen, die Neukonzeption vorzubereiten. Damit sei die Zäsur auch eine Chance für neue Ideen, und für solche sei die Stadt offen.

Auch nach der Diskussion bleiben offene Fragen. Dennoch ist klar geworden, dass der Kulturwerkplatz Süd eine Chance für Neuentwicklungen der Luzerner Kultur ist, die nicht verpasst werden darf.

Städtischer Uni-Beitrag

Kaum zu diskutieren gab die Universitätsvorlage. Stadtrat Ruedi Meier skizzierte die Geschichte der Uni Luzern, erläuterte die Kosten und die Finanzierung und hob die Vorteile des Standortes Post hervor: Der «Campus der kurzen Wege» (öV, andere Hochschulen, Bibliothek, Museen) ist vorteilhaft für die Studierenden, und das Inselgebiet samt KKL wird eine Aufwertung erleben, die bis in die Tribschenstadt spürbar sein soll. Das Ja zum städtischen Beitrag von 8 Mio. (von insgesamt 145 Mio.) Franken war unbestritten.



Abstimmungsparolen

Kulturwerkplatz Luzern-Süd	JA
Universität Luzern: Standortbeitrag von Fr. 8 Mio. sowie Änderungen im Zonen- und im Bebauungsplan	JA

Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Referendum gegen Asylgesetz und Ausländergesetz

Behördenwillkür und Ausgrenzung

RundBrief-Redaktion

Am 22. Dezember 2005 haben die Grünen Schweiz, Solidarité sans frontières, das Forum für die Integration der MigrantInnen (FIMM) und das Comité romand contre la LEtr die Lancierung des Referendums gegen das neue Ausländergesetz bekannt gegeben. Sie wehren sich damit gegen ein Gesetz, das diskriminierend und integrationsfeindlich ist sowie der behördlichen Willkür Tür und Tor öffnet. Das Referendum wird von zahlreichen weiteren Organisationen unterstützt.

Am 16. Dezember 2005 haben die eidgenössischen Räte zwei Gesetze verabschiedet, die unmenschlich und fremdenfeindlich sind. Ueli Leuenberger, Vizepräsident der Grünen Schweiz, sprach an der Pressekonferenz von den «beiden Lex Blocher», war es doch der Justiz- und Polizeiminister, der im Verlaufe der Debatte in den Räten wesentliche Verschärfungen in die Gesetze eingebracht hatte. Das eine, das revidierte Asylgesetz, enthält zahlreiche Bestimmungen, die die Grundrechte Schutz suchender Menschen verletzen, und ist einzig und allein darauf ausgerichtet, möglichst viele Menschen davon abzuhalten, um Asyl nachzusuchen.

Das neue Ausländergesetz

Vom selben Geist der Ausgrenzung ist das neue Ausländergesetz (AuG) geprägt. Es ist, so

Claudio Micheloni vom FIMM, eine Ohrfeige ins Gesicht aller MigrantInnen, welche seit Jahrzehnten in der Schweiz leben und arbeiten und ihren Beitrag an unsere Gesellschaft leisten. Die Unterteilung in zwei Kategorien von AusländerInnen, die Tatsache, dass nur qualifizierte Arbeitskräfte zugelassen werden, dass der Familiennachzug eingeschränkt ist und dass auch nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz kein Rechtsanspruch auf Niederlassung besteht, sind nur einige der problematischen Punkte des neuen Gesetzes. «Ein solches Gesetz produziert nachgerade Sans-Papiers, also ArbeitnehmerInnen ohne legalen Status, die der Ausbeutung schutzlos ausgeliefert sind», kritisiert Ismail Turker vom welschen Komitee gegen das AuG. Mit dem neuen Gesetz erhalten nicht einmal individuelle Härtefälle das Recht auf Prüfung ihres Dossiers, Möglichkeiten der Regularisierung sind keine vorgesehen. Und dies, obwohl bereits heute gemäss einer Studie des Bundesamtes für Migration um die 100'000 Sans-Papiers in der Schweiz leben.

Zwangsmassnahmen

Als rechtsstaatlich höchst problematisch bezeichnet Balthasar Glättli von Solidarité sans frontières die unverhältnismässigen Zwangsmassnahmen des Asylgesetzes, die auch für das Ausländerrecht gelten. Unhaltbar ist zudem der Zwang zum Zusammenleben, der für Ehepartner aus Nicht-EU-Ländern und für SchweizerInnen mit einem Partner von ausserhalb der EU gilt. In der Schweiz lebende Paare aus dem EU-Raum sind diesem aber nicht unterworfen. Diskriminierung erfahren damit auch Schweizerinnen und Schweizer! Die im Komitee gegen das Ausländergesetz vereinten Organisationen werden gegen beide diskriminierenden Gesetze Unterschriften sammeln und sind optimistisch, auf die Unterstützung der vernünftigen und solidari-schen Kräfte in unserem Land zählen zu können.

Unterschreiben auch Sie die beiden Referenden! Eine Unterschriftenkarte liegt diesem RundBrief bei.



Cécile Bühlmann tritt aus dem Nationalrat zurück

14 Jahre erfolgreich für die Grünen

Maria Portmann-Huwiler, Mitglied GB-Frauen, Luzern

Cécile Bühlmann ist seit dem 1. Oktober 2005 Geschäftsleiterin des cfd (Christlicher Friedensdienst), eines feministischen Hilfswerks. Sie tritt deshalb auf den 5. März 2006 aus dem Nationalrat zurück.

Am 16. Dezember war Cécile Bühlmanns letzte Ratssitzung in Bern. Gegen dreissig LuzernerInnen haben sie an diesem Tag begleitet und mit ihr Abschied genommen. Sie hörten auf den Zuschauertribünen des Nationalrates ihre letzte Rede zur Teilrevision des Asylgesetzes (Verschärfung des Gesetzes). Sie waren berührt von den warmen und persönlichen Worten, mit denen Nationalratspräsident Claude Janiak Cécile Bühlmann sozusagen als letztes «Geschäft» dieser Session verabschiedete. Er würdigte sie als «eine, die sich eingesetzt hat für die Gleichstellung der Frauen und für die Gerechtigkeit überhaupt».

Profil für die Grüne Partei

Nach der Ratssitzung lud Cécile Bühlmann KollegInnen aus der Politik, Medienleute und die BesucherInnen aus Luzern zum Apéro im Bundeshaus ein. Ruth Genner, Präsidentin der Grünen Schweiz, würdigte Cécile Bühlmann als starke Persönlichkeit, die der Grünen Fraktion während 12 Jahren vorgestanden sei, sich in allen Bereichen der Politik ausgedankt und die grüne Politik 14 Jahre lang geprägt habe. Ihre Erfahrung und ihr riesiges Wissen würden der Fraktion künftig sehr fehlen.



Judith Stamm erinnerte sich in ihrer Ansprache an die Zeit nach Cécile Bühlmanns Wahl 1991. Damals seien vier Frauen aus dem Kanton Luzern gemeinsam nach Bern gefahren,



hätten auf den Fahrten ins Bundeshaus zusammen diskutiert und Netzwerke gewoben. Mit dem Rücktritt Cécile Bühlmanns aus dem Nationalrat geht eine Ära zu Ende. Die drei starken, schweizweit herausragenden, feministisch und sozial engagierten Luzerner Nationalrätinnen sind alle durch Männer ersetzt worden, die andere politische Schwerpunkte setzen. Im Nationalrat sitzt damit keine Frau mehr aus dem Kanton Luzern, was manche bedauern.



Geschäftsführerin des cfd

Seit dem 1. Oktober 05 ist Cécile Bühlmann Geschäftsleiterin des Christlichen Friedensdienstes (cfd) in Bern. In der feministischen Nichtregierungsorganisation cfd wird sie weiterhin viel für die Frauen tun – in der Schweiz und über unsere Grenzen hinaus. Wie in den Abschiedsblumensträssen und wie im Lied, das Judith Estermann (Gesang) und Rita Blättler (Gitarre) beim Apéro vortrugen, soll es Cécile Bühlmann künftig beruflich und privat «rote Rosen regnen».

Extra-RundBrief im März

Cécile Bühlmanns politische Arbeit im Nationalrat für die Grünen Schweiz, für das GB Luzern, für die Frauen und vieles mehr sind Thema eines Extra-RundBriefs, der im März erscheinen wird. Nachfolger von Cécile Bühlmann wird Grossrat Louis Schelbert.

Spar- und Abbaumassnahmen des Kantons Luzern

Die ArbeitnehmerInnen wertschätzen

Interview von Heinz Bähler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Der Kanton ist mit über 6000 Angestellten der grösste Arbeitsgeber im Kanton Luzern. Die Spar- und Abbaupakete hinterlassen beim Personal ihre Spuren. Wie ist die Stimmung des Personals am Ende des Jahres 2005? Ein Gespräch mit Helga-Christina Stalder, Geschäftsführerin des Luzerner Staatspersonalverbands (LSPV).

Heinz Bähler-Trinkler: Wie reagieren die Angestellten des Kantons Luzern auf die Spar- und Reformpakete, die seit einigen Jahren im Parlament und in der Öffentlichkeit diskutiert werden?

Helga-Christina Stalder: Wir stellen fest, dass viele Männer und Frauen langsam «reformmüde» werden. Vor allem, weil immer wieder neue Sparpakete vorgelegt werden und wir dahinter kein durchdachtes System erkennen können. Sparen ohne Ende, sagen viele, und sind verunsichert. Besonders gravierend ist, dass viele Teilzeiterinnen ihr bereits kleines Pensum reduzieren mussten. Wenn eine allein erziehende Mutter ihr Pensum von 50 auf 40 Stellenprozent reduzieren muss (als Sparmassnahme in einer Dienststelle), kann das bedeuten, dass sie plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen ist.



Beim Pflegepersonal ist von sehr vielen Überstunden zu hören ...

... ja, das ist irgendwie auch «verrückt». Auf der einen Seite werden bei den kleinen Pensen Stellenprozent abgebaut, um das vorgegebene Sparziel zu erreichen. Auf der anderen Seite fallen bei den Pflegenden oder bei der Polizei viele Mehrstunden an. 2004 hätten mit den Überstunden der Pflegenden etwa 13 Stellen neu besetzt werden können ...

Dabei spricht man gerade in diesem Bereich von einer ständigen Überlastung, was zu einem Burn-out bei den betroffenen Männern und Frauen führen kann. Der Dauerstress führt dazu, dass die Mitarbeitenden anfälliger für Krankheiten sind, ebenso vergrössert sich das Fehlerrisiko. Das ist doch nicht gespart!

Auch über das Personalreglement wird diskutiert. Kann man sagen, dass die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zugunsten des Personals in Frage gestellt werden?

Zurzeit wird die Auslagerung der Spitäler und Kliniken diskutiert. Die Mitarbeitenden sollen zwar noch öffentlich-rechtlich angestellt bleiben, aber die «Rosinen» im Personalgesetz sollen für sie nicht mehr gelten (Dienstaltersgeschenk, Lohnzahlung bei Krankheit usw.). Ein Spitalrat wird dann über all das entscheiden. Da kommt es doch sehr darauf an, wie sich dieser Spitalrat zusammensetzt und wie viel wert ihm die Mitarbeitenden sind.

Und – warum diskutiert man eine solche Auslagerung? Weil man bei den Personalkosten sparen will. Auch hier wieder: Der Kanton Luzern als Arbeitgeber verliert mit schlechteren Arbeits- und Anstellungsbedingungen an Attraktivität. Das wird sich bei einer Personalknappheit rächen. Ausserdem: Was haben wir für PolitikerInnen gewählt, die die Verantwortung für die Spitäler und Kliniken einfach abgeben an einen Spitalrat? Die zulassen, dass es beim Kanton Luzern zwei Kategorien von Angestellten gibt?

Was sollte denn der Arbeitgeber tun, damit das Personal zufrieden ist?

Die Mitarbeitenden und ihre Arbeit schätzen. Nicht nur Steuersenkungen machen den Kanton attraktiv, sondern auch ein guter Service public. Und dieser wird von motivierten Arbeitnehmenden erbracht.

Regierung und Grosse Rat sollten sich z. B. wenigstens für den jährlichen Teuerungsausgleich bzw. die Erhaltung der Kaufkraft einsetzen oder dafür sorgen, dass die Arbeit auf mehr Hände verteilt wird statt Tausende von Überstunden leisten zu lassen. Es wäre wichtig, dass auch langjährige Mitarbeitende hin und wieder eine Lohnerhöhung erhalten. Im Legislaturprogramm der Regierung sind schöne Fotos und ehrgeizige Ziele aufgeführt. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wie sagt man doch so schön, unsere wertvollste Ressource – sind mit keinem Wort erwähnt. Das sagt etwas über Wertschätzung des Arbeitgebers dem Arbeitnehmer gegenüber aus. Dabei sind es doch gerade die kleinen Dinge, die wenig oder nichts kosten und doch so viel wert wären.

Helga-Christina Stalder, herzlichen Dank für das Gespräch.



«Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen»

Initiative jetzt vors Volk!

Resolution der Plattform Luzern

Die Plattform Luzern hat am 14. November 2005 die folgende Resolution verabschiedet: «Die Plattform Luzern verlangt als Initiantin der kantonalen Volksinitiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen», dass Regierung und Grosser Rat das Volksbegehren jetzt und ohne Verzug behandeln.» Die Initiative wurde vor einem Jahr eingereicht, der Regierungsrat muss nun dem Grossen Rat die entsprechende Botschaft zuleiten. Diese Initiative ist das einzige verbindliche politische Instrument, das der vorherrschenden Steuersenkungseuphorie und der Abbauwut von Regierungs- und Grossratsmehrheit entgegensteht. Sie verlangt, dass Voranschlag und Steuerfuss dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Abbau-Programme mit Luzern 99, Spar- und Abbaurunde 2004/05 – und kein Ende? Jetzt werden das Verzichtspaket 06, der Rest der sogenannten Reform 06 und ein nächstes Verzichtspaket 07 an der Bevölkerung vorbeigedrückt, obwohl die Kantonsfinanzen gesund und die Staatsschulden abgebaut sind. Diese Verschlechterungen und Streichungen im Angebot des Service public und der staatlichen Dienstleistungen sind gegen die Interessen der grossen Mehrheit der Bevölkerung gerichtet. Sie zahlt sie mit höheren Taxen, indirekten Steuern und Gebühren, hat aber nichts dazu zu sagen. Damit muss jetzt Schluss sein!

Gleichzeitig wird seit 2001 vor allem im Interesse der Grossverdiener eine Steuersenkung nach der anderen durchgezwängt. Eine «unüberlegte Rosskur» nannte die Regierung im Jahr 2002 die Steuerinitiative des VTS. Doch heute übertrifft ihre Politik die Begehren des VTS. Allein die kantonalen Steuersenkungen der letzten fünf Jahre führten zu jährlich über 200 Mio. Franken an Ausfällen. Bis 2010 sollen weitere über 100 Mio. Franken folgen, unter anderem würden Aktionäre entlastet und die Vermögenssteuer halbiert. Zu all dem hat unter den heutigen Rechtsverhältnissen die Bevölkerung kaum etwas zu sagen. Das muss sich ändern!

Mit der neoliberalen Steuersenkungs- und Abbaupolitik ist das Volk nicht einverstanden. Davon zeugen die Volksinitiative «Musikschulen ins Volksschulbildungsgesetz», die wie unsere Verfassungsinitiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» auf das undemokratische Abbau-Programm 04/05 antwortet, aber auch die Nein zur Schliessung des Spitals Wolhusen, der Kanti Beromünster oder des Natur-Museums, das Scheitern von Reform 06 überhaupt. Ganz zu schweigen von der Vielzahl von Petitionen an die Behörden, in denen sich Zehntausende gegen die herrschende Politik aussprechen.

Demokratie heisst Herrschaft des Volkes. Aus staatsrechtlichen Gründen ist jetzt das Volk an der Reihe. Die Initiative des VTS wurde in der Volksabstimmung klar abgelehnt. Die Politik von Regierungs- und Grossratsmehrheit kümmert sich nicht darum. Deshalb rufen wir die Bevölkerung auf, sich gegen die Arroganz der Macht zu stellen und ihr Entscheidungsrecht einzufordern. Von den Behörden verlangen wir, dass sie die Initiative jetzt zügig behandeln und der Bevölkerung unverzüglich Gelegenheit geben, sich dazu zu äussern.

In der Zwischenzeit hat die Regierung versucht, die Behandlung der Initiative um ein Jahr zu verzögern. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates hat das mit 13:0 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung im Grossen Rat erfolgte nach dem Redaktionsschluss dieses RundBriefs.

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

SVP und Rechtsextremismus

Flecken auf der SVP-Weste

Hans Stutz, Grossstadtrat, Luzern

Die SVP des Kantons Luzern verteidigt nicht nur Rütli-Nazis als «Patrioten», gelegentlich greift sie auch ungeniert auf rechtsextremistisches Material zurück.

Bereits mehrmals haben Redaktoren der Neuen LZ SP-Grossstadtrat Lathan Suntharingam heftig gescholten, weil dieser die SVP vor einiger Zeit als «Neonazi-Anwältin» bezeichnet hatte. Allerdings hat es die lokale Monopol-Tageszeitung – und dies überrascht bei diesem SVP-Sprachrohr nicht – bis anhin unterlassen, den Vorwurf inhaltlich zu überprüfen.

Dann tun wir es eben und fragen uns: Wie ist das Verhältnis der SVP zum Rechtsextremismus, insbesondere zu den Naziskinheads? Und weil wir für diesen Text nur wenig Platz zur Verfügung haben, schränken wir die Frage weiter ein: Wie war das Verhältnis der SVP Kanton Luzern zum Rechtsextremismus in den vergangenen Monaten? Material dazu haben wir genügend gefunden.



Rütli, 1. August 2005

Am 1. August 2005 versammeln sich auf dem Rütli wie in den vorigen Jahren mehrere hundert Rechtsextremisten, insbesondere Naziskinheads. Dieses Jahr waren es rund achthundert, sie schrien SVP-Bundespräsident Samuel Schmid nieder. Bereits am folgenden Tag veröffentlichte SVP-Sprecher Ruedi Stöckli eine Medienmitteilung, in der er Samuel Schmid vorwirft, «bewusst mit Ras-

sismus und Antisemitismus und der bevorstehenden Abstimmung zur Ost-Personenfreizügigkeit» provoziert zu haben. Es sei eine Schweinerei, so Stöckli weiter, «alle Patrioten in den Kübel der Neonazis einzuordnen». Tage später publiziert die SVP Kanton Luzern in der Neuen LZ ein Inserat, in dem sie ähnliche Argumente verbreitet und damit die Rechtsextremisten verteidigt. Noch gravierender: Als Quellenvermerk für eine Statistik über Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt die SVP Kanton Luzern die Zeitung «Neue Solidarität» an. Diese Zeitung gehört zum Konglomerat des US-Rechtsextremisten und Verschwörungsfantasten Lyndon LaRouche. Die Zeitschrift einer rechtsextremen Organisation ist also SVP-Materiallieferant.

Rechtsextreme Publikation als SVP-Quelle

Damit nicht genug. Im Parteiblatt «SVP-Kurier» erscheint im August 05 ein Beitrag mit der Quellenangabe «Für Sie gelesen in den UN-Nachrichten 7/05, G.K.». Ob es sich bei diesem Leser G.K. um den Wauwiler Grossrat Gerhard Klein handelt oder nicht, tut hier wenig zur Sache, klar ist, wie der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen seit Jahren diese famose SVP-Quelle einschätzt: Nämlich als rechtsextreme Publikation, die unter anderem «elementare Grundrechtsprinzipien» in Frage stelle, auch «revisionistische Ansätze» habe, insbesondere bei der «Kriegsschuldleugnung». Schon wieder also beruft sich die SVP des Kantons Luzern auf eindeutig rechtsextremistisches Material.

Da verwundert es auch nicht, dass Texte von SVP-Exponenten in rechtsextremistischen Heften auftauchen. So veröffentlicht die Zeitschrift «Recht+Freiheit» im Mai 2005 einen Text von Josef Huber, Obernau, «alt Grossrat SVP» auf der Frontseite als Leitartikel gegen den Schengen-Beitritt. «Recht+Freiheit» ist die Zeitschrift des Basler Holocaust-Leugners Ernst Indlekofer.

Fazit

Die SVP Kanton Luzern täte besser daran, ihre rechtsextremistischen Flecken einzugestehen, als zu versuchen einen ihrer Kritiker mit einer hetzerischen Kampagne einzuschüchtern.



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien

Bitte unterschreiben!

Adrian Borgula, GB-Grossrat, Luzern

Zum ersten Mal seit vier Jahren hat das Grüne Bündnis wieder eine Initiative lanciert. Unsere Forderung: Der Kanton Luzern soll bis zum Jahr 2030 den Anteil an erneuerbaren Energien verdoppeln und gleichzeitig den Verbrauch von fossiler Energie deutlich reduzieren. Ziel ist es, bis März möglichst viele der 4000 Unterschriften zu sammeln, die für ein Zustandekommen der Initiative notwendig sind. Helfen Sie mit und unterschreiben auch Sie!

Zu den Trägern erneuerbarer Energie zählen Wasser, Sonne, Biomasse, Holz, Wind, Umwelt- und Erdwärme. Ihr Anteil am Gesamtverbrauch beträgt im Kanton Luzern zurzeit rund 20 Prozent (vor allem Wasserkraft). Eine Steigerung ist angesichts von Klimaerwärmung, immer knapperen Vorräten an fossiler Energie und steigender Energiepreise absolut notwendig. Die Verdoppelung auf 40 Prozent ist möglich mit

- einem kantonalen Förderprogramm für erneuerbare Energien,
- einem breiten Beratungsangebot für Personen, die erneuerbare Energien einsetzen bzw. Energie sparen wollen,
- Regeln, die dem Einsatz von erneuerbaren Energien den Vortritt geben,
- einer Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei eigenen Bauten und dem Einsatz von Fahrzeugen,
- einer markanten Reduktion des Einsatzes fossiler Energien, z. B. durch die Förderung des viel energieeffizienteren öV und des Langsamverkehrs zu Lasten des privaten Motorfahrzeugverkehrs,
- einer Förderung des Energiesparens durch strengere Vorschriften wie die Anpassung der Wärmedämmwerte an den technischen Fortschritt,
- einer stärkeren Unterstützung des Energiesparens durch Anreize. So verdienen z. B. Blockheizkraftwerke und Energie sparende Fahrzeuge mehr Unterstützung.

Viele positive Reaktionen an Standaktionen

Bereits haben wir die ersten Standaktionen durchgeführt. Innert vier Stunden haben wir beispielsweise in der Stadt Luzern über 300 Unterschriften gesammelt! Die meisten

Leute, die Bereitschaft für ein kurzes Gespräch signalisierten, reagierten positiv, wenn das Stichwort «erneuerbare Energien» fiel, und unterschrieben ohne Vorbehalte. Dieses Ergebnis ist sehr ermutigend und gibt Kraft für weitere Aktionen.

Unser Ziel

Ziel ist es, bis März 2006 möglichst viele der 4000 benötigten Unterschriften gesammelt zu haben, rechtzeitig zum Beginn der Debatte im Grossen Rat zum Planungsbericht Energie. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung aller RundBrief-Leserinnen und -Leser!

Unterschreiben auch Sie!

Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien! Helfen Sie mit und unterschreiben auch Sie die Initiative! Ein Unterschriftenbogen liegt diesem RundBrief bei.

Wenn jede und jeder RundBrief-Leser die Initiative unterschreibt, kommen auf einen Schlag mehr als 1'000 Unterschriften zusammen.

Weitere Bögen können Sie herunterladen unter www.gruene-luzern.ch oder beim GB-Sekretariat bestellen (Telefon 041 360 79 66, lu@gruene.ch).



Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Erdwärme – wenig bekannte erneuerbare Energie

Neue Energiequelle für Basel

René Kindhauser, Leiter Kommunikation Industrielle Werke Basel, Therwil

99 Prozent des Erdballs sind heisser als 1000 Grad Celsius, und die Schicht, in der die Temperatur mit zunehmender Tiefe am schnellsten steigt, befindet sich direkt unter uns: ein schier unerschöpfliches Potenzial an Erdwärme, die zur Gewinnung von Strom und Wärme genutzt werden kann. Das Pilot-Heizkraftwerk, das bis 2009 in Basel gebaut werden soll, wäre die weltweit erste Anlage, die das so genannte «Hot-Fracted-Rock»-Verfahren zur kommerziellen Energiegewinnung einsetzt.

Das Verfahren, wie es in Basel entwickelt wird, ahmt das Prinzip des Durchlauferhitzers nach.

Über eine Tiefenbohrung wird kaltes Wasser ins 200 Grad heisse Kristallingestein in rund 5000 Meter Tiefe gepresst, wo es sich in den Rissen und Klüften erhitzt und über weitere Bohrungen zurück an die Erdoberfläche hochgepumpt wird.

Als Standort für das Pilotprojekt ist das Werkareal der IWB (Industrielle Werke Basel) in Kleinhüningen gewählt worden. Hier kann die Wärme ins Fernwärmenetz eingespielt werden. Basel verfügt über eines der grössten Fernwärmenetze der Schweiz. Angeschlossen sind neben Spitälern, öffentlichen Gebäuden, Gewerbe- und Industriebetriebe auch 40'000 Basler Haushalte. Mit der Wärme aus dem geplanten geothermischen Heizkraftwerk könnten 2700 Haushalte mit Wärme versorgt werden, ausserdem 10'000 Haushalte mit Strom. Dass die Region Basel geeignet ist für die Anwendung des «Hot-Frac-

tured-Rock»-Verfahrens, zeigte der erfolgreiche Abschluss einer Sondierbohrung vor vier Jahren.

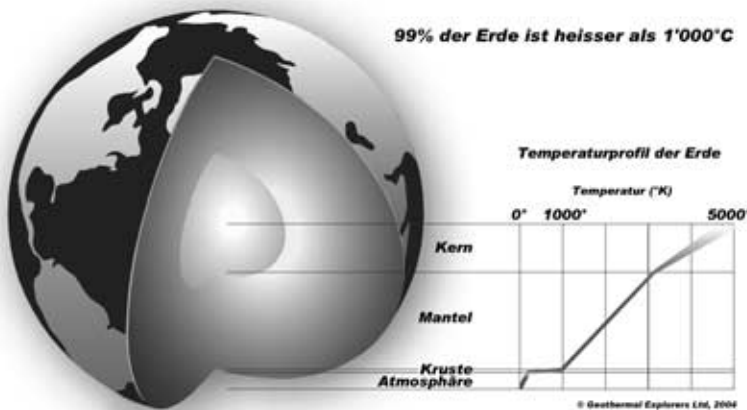
Gesamtkosten von gegen 100 Mio.

Die Gesamtinvestition für die Anlage wird auf gegen 100 Mio. Franken veranschlagt. Die Finanzierung und damit der Start des Geothermie-Projektes «Deep Heat Mining» in Basel konnte als gesichert betrachtet werden, nachdem der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt im letzten Jahr den IWB die Investition von insgesamt 32 Mio. Franken in das Projekt bewilligt hat und als Partner die Elektra Basel-land (EBL), der Gasverbund Mittelland GVM, das Amt für Umwelt und Energie (AUE) Basel-Stadt sowie Geothermal Explorers Ltd. gewonnen werden konnten.

Risikominimierung durch schrittweises Vorgehen

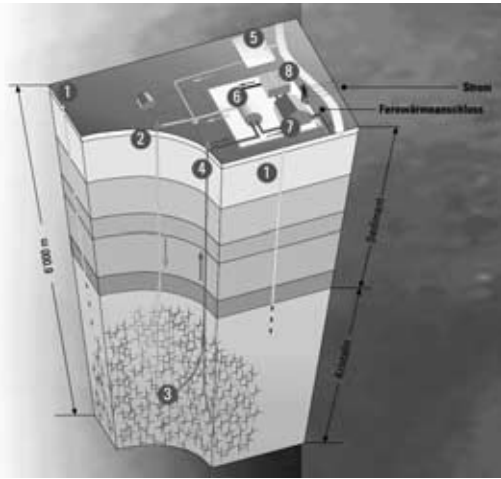
Die Entwicklung des Projektes erfolgt in zwei Teilschritten: In einer Explorationsphase soll das geothermische Reservoir schrittweise erschlossen werden. Wenn dessen Eignung zur wirtschaftlichen Energiegewinnung feststeht, sollen in einer Ausbauphase eine zusätzliche Tiefenbohrung und die oberirdischen Kraftwerksanlagen gebaut werden. Für die Explorationsphase sind rund 50 Millionen Franken als Risikokapital vorgesehen, die inzwischen über die Aktionäre der Geopower AG gesichert sind.

Für die Erschliessung der Erdwärme müssen bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sein: Zunächst muss nachgewiesen werden, dass sich das unterirdische Kluftsystem des heissen Gesteins durch Einpressen von Wasser dauerhaft erweitern lässt. Eine weitere Herausforderung ist die geophysikalische Ortung der durchlässig gemachten Klüfte, um die zweite Bohrung gezielt abteufen zu können. Schliesslich muss die erforderliche Wasserzirkulation durchs heisse Reservoir erwiesen sein, und damit die Leistungsfähigkeit des Systems. Wie weit all diese Voraussetzungen gegeben sind, wird in der Explorationsphase geprüft. Schrittweise werden die grössten Unbekannten eliminiert, sodass zu jedem Zeitpunkt das finanzielle Risiko, aber auch die realistischen Chancen voll ersichtlich sind.



Bohrplatzvorbereitungen sind im Gang

Gegen die Tiefenbohrung in Kleinhüningen wurden aus der Anwohnerschaft Einsprachen erhoben, die inzwischen zurückgezogen worden sind. Begründet waren diese vor allem mit den zu erwartenden Lärmemissionen in Zusammenhang mit den Bohrungen. Mit dem Bauentscheid wurde die Bauherrschaft verpflichtet, nebst baulichen und betrieblichen Massnahmen zur Lärmdämmung im Umkreis von rund 100 Metern bei lärmempfindlichen Räumen Schallschutzfenster zu finanzieren. In Basel wird der weltweit modernste Bohrturm zum Einsatz kommen. Im Oktober 2005 wurde mit den Bohrplatzvorbereitungen begonnen. Im kommenden Frühjahr soll die erste Tiefenbohrung starten. Energieprojekt von nationaler Bedeutung Die Schweiz hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, den CO₂-Ausstoss zu senken und zukünftig verstärkt emissionsfreie Energieträger einzusetzen. Die Erschliessung von Erdwärme nimmt unter den erneuerbaren Energien eine zentrale Stellung ein. Die Erschliessung der Geothermie als nachhaltige, zuverlässige, umweltfreundliche und insbesondere CO₂-freie Energiequelle wird vom Bund gefördert. Das Projekt wird vom Bundesamt für Energie als Energieprojekt von nationaler Bedeutung eingestuft. Geothermi-



sche Kraftwerke bieten der Schweiz eine doppelte Chance: Einerseits können sie einen substanziellen Beitrag zur künftigen Energieversorgung leisten, und andererseits kann das erworbene Know-how international Gewinn bringend angewendet werden.

Sonderausstellung «Energie aus der Tiefe»

Eine Sonderausstellung im Naturhistorischen Museum Basel vermittelt einen Einblick in die Thematik und speziell in das Basler Projekt. Die Ausstellung «Energie aus der Tiefe» dauert bis 14. Mai 2006.

Naturhistorisches Museum Basel, Augustinerstrasse 2, CH-4051 Basel
www.nmb.bs.ch, Telefon +41(0)61 266 56 00
Dienstag bis Sonntag 10.00 bis 17.00 Uhr

s t a t t k i n o

ab 26. Januar
WER WAR KAFKA? von Richard Dindo

ab 5. Februar
BUILDING THE GHERKIN
von Mirjam von Arx

ab 9. Februar
YASMIN von Kenny Glenaan

ab 30. März
WHITE TERROR
von Daniel Schweizer

ab 13. April
LONESOME JIM
von Steve Buscemi

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN
Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm • www.stattkino.ch



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat

Rita, du wirst uns fehlen!

Agatha Fausch, GB-Grossstadträtin, Luzern

Rita Meyer-Facius tritt nach fünfeinhalb Jahren aus dem Grossen Stadtrat zurück und macht ihren Platz für eine jüngere Frau frei. Rita, heute 70-jährig, kein bisschen müde, stets fit und wach, erfahren, engagiert, immer fürsorglich und langmütig: Du wirst uns fehlen.

Schwerpunkte Sozial-/Alterspolitik

Im Grossen Stadtrat kämpfte Rita für die Optimierung des Langsamverkehrs und setzte sich insbesondere für bessere Bus- und Velorouten ein. Sie war Mitglied im Seniorenrat seit der ersten Stunde und hatte während der Legislatur 2000–2004 einen der beiden GB-Sitze in der Sozialkommission inne. Mit diesen beiden Mandaten war sie unsere Experte in der Alterspolitik.

Ritas politische Vorstösse waren sehr praxisbezogen. So verlangte sie, dass die Betriebszeiten für die Rolltreppen im Bahnhof ausgeweitet wurden, protestierte gegen eine Pflegeversicherung für Menschen ab fünfzig Jahren, hinterfragte den Verkauf des Alters-Ferienheims Caslano und kämpfte engagiert für eine Geriatriepraxis in den städtischen Altersheimen. Aus ihrer vormaligen Berufserfahrung auf der Patientenstelle setzte sich Rita besonders für die Selbsthilfebewegung ein. Sie wusste, dass Selbsthilfegruppen Förderung und Unterstützung brauchen. In der Innerschweiz steht es mit dieser Unterstützung nicht zum Besten, und wir tun gut daran, dieses Feld weiter zu beackern.

Ritas Herz schlug für die Tauben. Eine direkte Folge ihres Engagements ist der Aushang der Plakate mit dem Hinweis, das Füttern aus Gründen des Gebäudeschutzes zu unterlassen. Aufgrund von Ritas Vorstössen erhielt eine Sozialarbeiterin den Auftrag, einsame Menschen vom Taubenfüttern abzuhalten. Das sind die grünen Nischen in unserer kleinen Stadt!

Zuwendung zu kleinen Dingen

Ritas Markenzeichen war ihre Zuwendung zu den kleinen Dingen. So war sie über lange Zeit die aufmerksamste Leserin aller LeserInnenbriefe in der Neuen LZ, und häufig wandte sie sich selbst mit grünen Statements an die LeserInnen.



In einem ganz besonderen Mandat wird Rita unersetzlich bleiben. An den Ratstagen hat sie für die GB-Fraktion den Mittagstisch und die abendlichen Treffpunkte reserviert, und im Advent legte sie jeweils jedem eine Kerze in die Aktenmappe. Nicht selten kam sie mit einem Korb voll Selbstgebackenem zur Vorstands- oder Mitgliederversammlung. Rita, dass du das karge Trockenfutter politischer Inhalte immer wieder mit Menschlichkeit und Wärme aufgewertet und erträglich gemacht hast, dafür danken wir dir besonders!

Eröffnung der Legislatur 2004–2008

Ein politisches Highlight war es für Rita, als sie die Legislatur 2004–2008 als Ratsälteste eröffnen durfte. Als Alterspräsidentin begrüßte sie zwei neue junge Ratsmitglieder, Lathan Suntharalingam und Zora Schelbert. Rita schätzte es sehr, zusammen mit Zora (die fünfzig Jahre jünger ist als sie) in der gleichen Fraktion zu politisieren. In der Tat, Rita, wir verlieren mit dir den Erfahrungsschatz einer jung geliebten Grossmutter. Deine Pragmatik und deine Ruhe werden uns in den Fraktionssitzungen fehlen.

Vom Tag ihrer Wahl an hat Rita auch im städtischen Vorstand mitgearbeitet, dies um nah am Puls der GB-Mitglieder zu sein. Natürlich hoffen wir, dass uns Ritas Engagement im Vorstand erhalten bleibt. Zunächst reist sie für einige Wochen zu ihren Kindern und Kindeskindern nach Australien. Farewell, Rita!

Grossstadträtin in Luzern – ein Erfahrungsbericht «Nun bin ich selber eine von denen»

Korintha Bärtsch, GB-Grossstadträtin, Luzern

Im Frühling 2004 kandidierte ich für den Grossen Stadtrat. Die Reaktionen aus meinem Bekanntenkreis waren interessant: Die einen waren begeistert und fanden es gut, dass sich junge Leute politisch engagieren. Andere haben meinen Entscheid eher belächelt und meinten, die Jungen Grünen hätten sowieso keine Chance, gewählt zu werden. Umso grösser war dann die Freude, als wir einen Sitz im Luzerner Stadtparlament holten.

Seit Beginn der Legislatur ist nun mehr als ein Jahr vergangen. Nach einem guten Amtsjahr entschied sich Zora Schelbert für ein Au-Pair-Jahr in Australien. Das bedeutete, dass ich letzten September nachrücken konnte. Eine völlig neue Situation für mich, schimpft man doch gerne über PolitikerInnen, was die für dummes Zeug von sich geben und nicht wirklich etwas bewirken. (Was ich natürlich von den jeweiligen grünen Fraktionen nicht behaupten möchte.) Nun war ich selber eine von denen und musste das Gegenteil beweisen.

Auch PolitikerInnen verhalten sich menschlich

Bei meiner Vereidigung hatte ich riesigen Respekt vor den anderen Ratsmitgliedern. Doch wenn man nur schon an einer Sitzung dabei ist, merkt man schnell, dass sich alle ganz menschlich verhalten. Einige finden Zeit, während der Debatte Sudoku-Rätsel zu lösen,

andere gehen telefonieren, und Zeitungen bleiben nicht ungelesen.

Dann gibt es auch Ratsmitglieder, die immer wieder etwas zu sagen haben, was manchmal jedoch sehr amüsant daherkommt. Die meisten aber sind engagiert und interessiert am Geschehen. Das Ratsgeschehen ist also nicht nur wegen der politischen Themen eine spannende Angelegenheit, sondern auch wegen der Mitglieder.

Aller Anfang ist schwer

Für mich war es anfangs schwierig, mich im politischen Jargon zurechtzufinden. Die vielen Abkürzungen ... und was ist schon wieder der Unterschied zwischen einem Postulat und einer Motion? Auch fehlte mir bei verschiedenen Themen viel Hintergrundwissen. Ich konnte aber immer auf die Hilfe meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen zählen.

Bis jetzt war ich noch still, habe zugeschaut und viel gesehen. Geschäfte wie die Umzonung der Uni und der Kulturwerkplatz Süd sind erfreulicherweise vom Parlament angenommen worden und kommen im Februar zur Abstimmung. In Zukunft möchte ich mich vor allem jugendpolitischen Themen widmen und mir als deutlich jüngste Grossstadträtin den Respekt verschaffen, den ich den anderen Ratsmitgliedern entgegenbringe.



M V ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Entwicklung der RegioHER «Jammern reicht nicht»

Interview von Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Verena Kleeb, du engagierst dich seit acht Jahren bei RegioHER. Was hat sich in dieser Zeit im Luzerner Hinterland verändert?

Verena Kleeb: RegioHER hat sich von der Verwaltung von Investitionsgeldern hin zu einer Plattform für die Landregion entwickelt. In der Leitung der Arbeitsgruppe Bildung konnte mit den Bildungsveranstaltungen ein Gefäss geschaffen werden, wo die Beteiligten miteinander ins Gespräch und Entwicklungsprozesse in Gang kommen. Diese Kommunikationskultur wurde auch in anderen Bereichen übernommen.

Bei meiner Arbeit im Vorstand und in der Arbeitsgruppe liess ich mich von einer Aussage von Ruth C. Cohn leiten: «Die Politisierung fängt damit an, die hierarchischen Strukturen wo überall möglich zu unterbrechen – nicht abzuschaffen, man braucht sie auch. Aber zu unterbrechen dadurch, dass nicht nur das Zuhören, sondern auch das eigene Denken und das eigene Sich-Aussagen geschult wird.» Diese Haltung kommt der neuen Bundesgesetzgebung zur Regionalpolitik entgegen, die nicht mehr in Beton, sondern in Köpfe! investieren möchte. Inzwischen realisieren auch bürgerliche PolitikerInnen auf der Landschaft, dass es nicht reicht, zu jammern und Forderungen zu stellen.

Was kann Politik, was können Verbände oder Organisationen überhaupt für die regionale Ent-

wicklung tun? Bestimmen da nicht die wirtschaftlichen Megatrends, was läuft?

Die Politik der Luzerner Regierung, sich nach den demografischen Trends auszurichten und in die Achse Luzern – Zürich zu investie-



ren, zeugt von Fantasielosigkeit und ist ein gefährlicher Weg. Wir können die Megatrends sicher nicht aufhalten, müssen uns jedoch umso mehr auf unsere Stärken besinnen. Dazu braucht es einen Zusammenschluss der Landgemeinden mit einem Kompetenzzentrum wie RegioHER.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90

Wo liegen die Stärken des Luzerner Hinterlandes?
Wir haben eine wunderschöne Landschaft vor der Haustür, die vermehrt ökologisch bewirtschaftet wird, ein gutes Bildungsangebot, ausgezeichnete kulturelle Angebote sowie viele kleine und mittlere Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten. Wichtig ist es, die Ressourcen zu nutzen, z. B. Holz als Baustoff und Energieträger oder die gentechnikfreie biologische Nahrungsmittelproduktion.

Biobetriebe, Holzverarbeitung, intakte Landschaft – genügt das, um in einer Region die Entwicklung anzuschieben?

Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen und selber aktiv werden. Nur Betriebe, die mit der Region verbunden sind, werden auch in Zukunft hier investieren, die effektivste Wirtschaftsförderung ist die Bestandespflege.

In der Förderung von alternativen Energiequellen liegt ein grosses Potenzial. Über Vorgaben in Zonen- und Bebauungsplänen kann der einheimische Rohstoff Holz als Energie- und Baustoff vermehrt zum Einsatz kommen. Um als Wohnregion attraktiv zu bleiben, braucht es gute Anschlüsse an den öffentlichen Verkehr. Ebenso braucht es familienfreundliche Schulangebote.

Wie haben RegioHER und du zusammengefunden? Eine Grüne im Vorstand von RegioHER – war das ein ganz normaler Wahlakt?

Mit mir wurden zwei weitere Frauen in den ursprünglich bürgerlichen und männlichen Vorstand gewählt. Die anfängliche Skepsis gegenüber der «Grünen» wandelte sich in der Zusammenarbeit rasch zu guten Beziehungen.

Hast du einen spezifisch grünen Blickwinkel im Vorstand verankern können?

Mein grosser Vorteil, war, dass ich durch meine Arbeit in der doch eher städtischen Grossratsfraktion die Anliegen und Positionen der Stadt und Agglomeration gut kenne.

So gelang es mir immer wieder, neue Aspekte einzubringen oder auch Themen frühzeitig aufzugreifen (z. B. die familienexterne Kinderbetreuung oder die Integration von AusländerInnen). Ich habe mich dafür eingesetzt, dass Frauen für Gremien und Veranstaltungen angefragt werden.

Jetzt trittst du aus dem Vorstand zurück, weshalb?

Meine berufliche und familiäre Situation fordert Konzentration, deshalb möchte ich ab 2006 meine ganze Energie in den Aufbau meiner Beratungsfirma und in die Familienarbeit stecken. Die regionale Entwicklung wird mich thematisch sicher weiter beschäftigen, und meinen reichen Erfahrungshintergrund in der Projektentwicklung und -begleitung werde ich auch beruflich einsetzen.

Du wirst dem GB aber nicht ganz verloren gehen?

Im Hintergrund werde ich gerne aktiv bleiben, und meine politische Haltung versuche ich bei allem, was ich tue, zu leben.



Der Gemeindeverband RegioHER (gegründet 1975) ist ein Zusammenschluss von Gemeinden im Hinterland, Entlebuch und Rottal, die das Anrecht auf Investitionshilfe für Berggebiete von Bund und Kanton haben. Nebst der Prüfung der Projekte mit Anspruch auf Investitionshilfe hat der Verband den Auftrag, sich für die regionale Wirtschaftsförderung und für die Entwicklung der Region einzusetzen. 1974 wurde die Regionalpolitik konzipiert, um einen Ausgleich zwischen den Regionen zu fördern. Noch dieses Jahr wird eine neue Gesetzesgrundlage in den eidgenössischen Parlamenten beraten. Neu werden «aktive Regionen im ländlichen Raum, die Impulse aus den Zentren aufnehmen, sich auf grössere Wirtschaftsräume ausrichten und auf diese Weise eigene Mehrwerte schaffen», gefragt sein.

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

von Febr.- Nov.2005

Kursdauer : 2 bis 4 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 26 Jahre

Aktuell:

Open English Courses

Für das Jahr 2006

English Course/English Spring Gardens

2. bis 14. April 2006

Auskünfte und Anmeldungen bei

Lynn Rawlinson

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117



Der RundBrief lebt!

Mit dieser Schlagzeile startete der RundBrief vor genau 10 Jahren in einem neuen Kleid. Marcel Gasser entwarf das neue Konzept, und seither gestaltet er Ausgabe für Ausgabe.

Lieber Marcel, herzliche Gratulation zum Jubiläum und vielen Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in dieser Zeit! Dank dir können wir auch 2006 schreiben: Der RundBrief lebt!

Die RundBrief-Redaktion

Zusammenführung der Mitgliederbeiträge Ungleichheiten aus der Welt schaffen

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Bereits an der letztjährigen GV war sie ein Thema: die Zusammenführung der Mitgliederbeiträge des GB Luzern und der Grünen Partei der Schweiz (GPS). Über Jahre war die GPS äusserst kulant mit uns. Während die grünen Parteien anderer Kantone einen bestimmten Anteil der eingegangenen Mitgliederbeiträge an die GPS überwiesen, entschieden unsere Mitglieder selbst, ob sie den schweizerischen Jahresbeitrag bezahlen wollten oder nicht. Diese Ungleichheit soll nun beseitigt werden.

Eigentlich ist es ja klar: Das GB Luzern ist Mitglied der GPS, und damit ist jedes GB-Mitglied automatisch GPS-Mitglied. Weniger klar ist allerdings, was das für die Zahlung der Jahresbeiträge bedeutet. Manche unserer Mitglieder haben nie eine Rechnung der GPS erhalten, weil sie in der entsprechenden «Kartei» nicht registriert waren, und nicht alle unserer Mitglieder, die eine GPS-Rechnung bekamen, haben ihren Beitrag bezahlt.



Keine einheitliche Regelung bei den Kantonalparteien

Nicht nur diese Ungleichheit ist langfristig inakzeptabel. Auch gesamtschweizerisch gibt es keine einheitliche Regelung in Sachen GPS-Beitrag: Die meisten Kantone überweisen korrekt pro zahlendes Mitglied 35 bzw. 20 Franken (für wenig Verdienende) aufs Konto der GPS. Lobend zu erwähnen sind hier vor allem die Westschweizer Kantone, die dies seit Jahren so handhaben.

In einigen wenigen Kantonen jedoch – und dazu gehört auch Luzern – erhalten die grünen Mitglieder zwei Rechnungen: eine von der Kantonalpartei und eine zweite von der GPS. Wie viele Mitglieder beide Rechnungen bezahlen, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Nicht schlecht staunten jedenfalls die «vorbildlichen» Kantone, als diese Ungleichheit an einem Treffen der kantonalen SekretärInnen auf den Tisch kam.

GPS-Beitrag ist wichtig

Das nationale Sekretariat leistet viele Arbeiten, die für alle grünen Kantonalparteien wichtig sind. Zu den Aufgaben gehören die Organisation der schweizerischen Vorstands-

sitzungen und Delegiertenversammlungen, die Durchführung von Medienkonferenzen, das Verfassen von Stellungnahmen, intensive Kontakte zu Medien, Kantonalparteien und befreundeten Organisationen und nicht zuletzt die Herstellung der Mitgliederzeitschrift Greenfo, die uns viermal jährlich ins Haus flattert. Für all diese Aufgaben brauchen die Grünen Schweiz finanzielle Mittel. 35 respektive 20 Franken für Mitglieder sind dafür gewiss nicht zu viel.

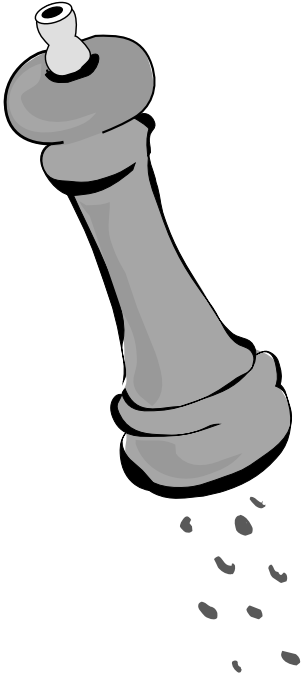
In Zukunft nur noch eine Rechnung

Die Situation soll nun bereinigt werden. An der GV 2006 wird der Vorstand vorschlagen, dass die Mitglieder für die Jahresbeiträge von GB und GPS nur noch eine Rechnung erhalten. Ab 2007 wird also das GB-Sekretariat das Inkasso des GPS-Beitrags übernehmen. Dies heisst, dass die GB-Mitglieder eine einzige Rechnung erhalten mit der Bitte, den Mitgliederbeitrag des GB sowie den GPS-Beitrag in einem zu bezahlen.

Mitgliederbestand und Zahlungsmoral

Zum Schluss ein Wort zum Mitgliederbestand des GB Luzern und zur Zahlungsmoral unserer Mitglieder. Erfreulich ist, dass wir immer wieder neue Mitglieder gewinnen, sei es dank persönlichen Kontakten, dank dem Rundbrief oder über unsere Website www.gruene-luzern.ch. Weniger erfreulich ist allerdings, dass wir jedes Jahr rund ein Drittel unserer Mitglieder mahnen müssen und davon wiederum relativ viele den Jahresbeitrag auch nach der ersten Erinnerung nicht zahlen. Wie vor zwei Jahren planen wir für 2006 eine Telefonaktion, um mit den säumigen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

An dieser Stelle möchten wir all jenen Mitgliedern danken, die uns seit Jahren die Treue halten. Ihr seid das Rückgrat des GB Luzern!



Er heisst zwar **Wüest**, **kocht** aber schön und gut. Das Weihnachtessen der Grünen war wieder ein gelungener Anlass.

Die SVP gedenkt «alle nur erdenklichen Mittel gegen den Kulturwerkplatz einzusetzen». Müssen wir damit rechnen (weil alle erdenklichen auch illegalen Mittel gemeint sind), dass die **SVP Selbstmordkommandos** damit meint? Sind das die neuen Fundamentalisten?

Der Bypass (Entlastung der Autobahn und für mehr Nord-Süd-Verkehr) kostet mindestens 700'000'000 Franken mehr, nämlich gut 1700 Millionen. Angesprochen auf diese gewaltigen Kosten meinte der Emmer Gemeindegamann Tony Maeder: «Koste es, was es wolle.» **Schützenhilfe** erhält er vom Stadtrat und von Stadträtin Ursula Stämmer ...

Im Zuge der kantonalen Sparmassnahmen ist das Budget der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern massiv gekürzt worden. Dies führte zu stark eingeschränkten Besuchszeiten, **die einer Hochschulbibliothek nicht würdig** sind. Dagegen wehrte sich ein Petitionskomitee und reichte über 3'000 Unterschriften ein. Nun antwortete der Regierungsrat (nachdem das Budget 06 im Grossen Rat beraten worden war), dass die Petition sich auf das Jahr 2006 beziehe **und deshalb gegenstandslos sei**. Den PetitionärInnen wird die Möglichkeit eröffnet, nochmals zu sammeln. Uff!

Nach der Ehrverletzungsklage von SVP-Holenweger gegen einen CVP-Grossstadtrat und der Ankündigung von SVP-Kuhn, gegen einen SP-Grossstadtrat ebenfalls Klage zu er-

heben, bemerkte Rolf Hilber: «Wenn das so weitergeht, werden wir **künftig im Gefängnis** die Ratssitzungen abhalten müssen.

Was ist mit der SVP los? Nachdem sie in ihrer Zeitung (Auflage über 40'000 Ex.) Gerüchte, Halbwahrheiten, Unterstellungen und Falschaussagen verbreitet hatte, reagierte sie «betüpfelt», als sich die Angegriffenen wehrten, und holte gleich Anwälte. Kuhn redete sich damit heraus, die SVP habe nur Fragen gestellt. Dabei weiss jedes Kind, dass **eine Frage mindestens ein Fragezeichen als Satzzeichen hat!** Wer nur von Filz, Familiengold und bezahlten Staatsparlamentariern schreibt, macht Unterstellungen und stellt keine Fragen!

Der Blitz in den Zürcher Blitzkästen geht jetzt ab 53 km/h los. Die «korrekten» Raser toben. «Jetzt würde ich genau innerhalb der Toleranz von 53 km/h fahren und **jetzt hats hier nicht mal einen Blitzkasten**, der mich nicht blitzt.» – Wer so knallhart berechnend zu schnell fährt, solls wenn schon richtig erwischen.

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf
Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion
Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi

Korrektorat
Nina Ceresa

Inserate
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos
Jürg Aebi u. a.

Konzept, Gestaltung und Druck
Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung
5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement
Ein Jahr Fr. 30.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss
RundBrief Extra 6. Februar 2006
RundBrief 2/2006, 1. April 2006

Rundbrief

Agenda

Januar

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

- Mi 25. 19.00 **Führung durchs Kleintheater und Theater Marie,**
Kleintheater Luzern (siehe nebenstehende Einladung)
- Mo 30. 19.30 **Kantonaler Vorstand,** GB-Sekretariat

Februar

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

- Mo 06. 19.30 **Städtischer Vorstand,** GB-Sekretariat
- So 12. **Abstimmungssonntag**
- Mo 20. 19.30 **Kantonaler Vorstand,** GB-Sekretariat

März

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

- Mo 13. 19.30 **Kantonaler Vorstand,** GB-Sekretariat
- Mo 13. 19.30 **Städtischer Vorstand,** Ort noch nicht bekannt
- Sa 25. 09.30 **Romero-Tag 2006: Ansprache an eine**
menschenswürdige Asylpolitik, RomeroHaus Luzern
- Sa 25. 13.30 **Referat von Cécile Bühlmann am Romero-Tag 2006,**
RomeroHaus Luzern

Rundbrief

Einladung

Das Grüne Bündnis lädt zu Theater und Gipfeli

Was passiert, wenn sich die Mächtigen dieser Welt treffen und alle Probleme aufs Mal lösen wollen? Sie reden über alles und nichts. Das Theater Marie gastiert mit seinem Stück «Gipfeli 8» im Kleintheater Luzern – politisches Welttheater inszeniert als musikalisch-dadaistisches Sprachspiel (Regie: Lilian Naef). Speziell für die Mitglieder des GB gibt es vor der Aufführung die Gelegenheit, das neue Kleintheater zu besichtigen und ins Stück eingeführt zu werden. Nach der Aufführung offeriert das GB seinen Mitgliedern Gipfeli und einen Apéro.

Mittwoch, 25. Januar 2006
im Kleintheater Luzern
Eintritt Fr. 33.- (ernässigt Fr. 23.-)
19.00 Uhr Führung durchs Kleintheater
20.00 Uhr Aufführung des Stücks
«Gipfeli 8 oder die Welt hat Zweifel»
Danach Gipfeli und Apéro

Infos unter www.theatermarie.ch

